

### **Niederschrift**

## Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich)

### der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 26.04.2017

**Sitzungsbeginn:** 17:02 Uhr **Sitzungsende:** 18:20 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037

Marburg

#### **Anwesende Mitglieder**

#### **Vorsitz**

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

#### reguläre Mitglieder

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Herr Ulrich Severin - SPD

Herr Winfried Kissel - CDU

Herr Stephan Muth - CDU

Frau Runhild Piper - CDU

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

Frau Gabriele Mensing - BfM

#### beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

#### **Entschuldigte Mitglieder**

#### reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

- entschuldigt -

#### **Magistrat**

Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies Bürgermeister Herr Dr. Franz Kahle

#### Verwaltung

Frau Lambrecht, Frau Meier, Frau Siebler

#### Behindertenbeirat

#### Seniorenbeirat

Herr Weiershäuser

#### Ausländerbeirat

Frau Donkova-Schalauske

#### Gäste

Herr Kling-Böhm

#### Protokoll:

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende Herr Böhm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

Herr Böhm fragt die Ausschussmitglieder, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Es werden mehrere Fraktionsanträge zurückgestellt, bzw. zurückgezogen. Diese Änderungen werden im Protokoll zu den jeweiligen TOP's protokolliert.

#### zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2017

Frau Dr. Perabo meldet sich zu Wort und weist darauf hin, dass im Protokoll vom 22.03.2017 unter TOP 4 die Information fehlt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die im Jugendhilfeausschuss empfohlenen Änderungen zu ihrem Fraktionsantrag übernehmen und den so geänderten Fraktionsantrag abstimmen lassen wollen. Gegenstand der Sitzung am 26.04.2017 ist deshalb nicht mehr der ursprüngliche Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sondern der geänderte Fraktionsantrag.

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung vom 22.03.2017 wird sodann in der vorgelegten Form, mit der zuvor genannten Ergänzung, genehmigt.

#### zu 3 Anträge der Fraktionen

### zu 3.1 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich Vorlage: VO/5136/2016

Herr Severin von den antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages. In diesem Zusammenhang wird von Herrn Severin beantragt, die Antwort zu der

- Großen Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Soziale Lage und Zukunft von Unbegleiteten minderjährigen Ausländern" vom 15.03.2017

und die Antwort zu der

- Großen Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Vormundschaften für Kinder und Jugendliche in Marburg" vom 21.03.2017

dem Sozialausschuss in der Sitzung am 21.06.2017 zur Beratung/Diskussion vorzulegen.

Der Vorsitzende Herr Böhm sichert die Vorlage der Antworten zu den zuvor genannten Großen Anfragen zu und lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

### zu 3.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige

Vorlage: VO/5313/2017

Herr Kissel von der antragstellenden Fraktion der CDU teilt mit, dass der Fraktionsantrag zurückgezogen wird.

#### zu 3.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017 Vorlage: VO/5364/2017

Die auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses vorgeschlagenen Änderungen des Fraktionsantrages wurden von der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernommen. In der Einladung zur heutigen Sitzung ist nur die ursprüngliche Fassung des Fraktionsantrages übersandt worden. Die Änderungen zu dem Fraktionsantrag sind den Ausschussmitgliedern auf Hinweis der antragstellenden Fraktion anschließend zusätzlich übersandt worden.

Im Ausschuss wurde der so geänderte Fraktionsantrag nochmals erörtert und dann zur Abstimmung gebracht.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den geänderten Fraktionsantrag abstimmen. Der Fraktionsantrag wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

## zu 3.4 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)

Vorlage: VO/5368/2017

Herr Severin von den antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Die Fraktion der CDU erklärt den Beitritt zu dem Fraktionsantrag von SPD und BfM.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages ab-

#### zu 4 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung

Vorlage: VO/5367/2017

Herr Severin von den antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Die Fraktion der CDU erklärt den Beitritt zu dem Fraktionsantrag von SPD und BfM.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

## zu 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg Vorlage: VO/5450/2017

Herr Böhm beantragt für die antragstellende Fraktion Marburger Linke die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

# zu 5.1 Antrag der Piratenpartei betr. Haushalt VII - Erhöhung der KITA-Zuweisungen durch das Land Hessen Vorlage: VO/5481/2017

Herr Dr. Weber erläutert für die antragstellende Fraktion der Piratenpartei den Fraktionsantrag. Es schließt sich eine rege Diskussion im Ausschuss an. In diesem Rahmen werden mehrere Vorschläge unterbreitet, den Fraktionsantrag in seinem Wortlaut zu verändern. Der Ausschuss einigt sich schließlich auf die folgenden Änderungen des Fraktionsantrages, die auch von der antragstellenden Fraktion akzeptiert werden.

#### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stellt fest, dass die vom Land Hessen den Kommunen zugewiesenen KITA-Finanzierungsmittel bei weitem nicht ausreichend sind und daher erhöht werden müssen.

Der Magistrat wird gebeten, **zeitnah** zu möglichst vielen anderen hessischen Kommunen Kontakt aufzunehmen, um einen Beratungstermin für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie festzusetzen, die zum Ziel die Beantwortung der Frage haben soll, in welcher Form man am Nachdrücklichsten konzentriert auf eine hessenweite Erhöhung der KITA-Zuschüsse hinwirken kann.

Die Stadt Marburg schlägt (an einem Sonntag = gestrichen) eine von der jeweiligen Gemeindevertretung organisierte Demonstration in Wiesbaden vor, bei der hessenweit die ÖP-NV-Busse der beteiligten Kommunen in Wiesbaden vorfahren, um ihr Anliegen dem Landtag publikumswirksam mitzuteilen.

Herr Kissel von der Fraktion der CDU beantragt über die einzelnen Absätze des Fraktionsantrages getrennt abzustimmen.

Weil die ersten beiden Absätze im Ausschuss unstrittig sind, schlägt der Vorsitzende Herr

Böhm die gemeinsame Abstimmung der ersten beiden Absätze vor. Der dritte Absatz wird hingegen getrennt abgestimmt.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den geänderten Fraktionsantrag abstimmen.

Die ersten beiden Absätze werden mit Zustimmung der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Marburger Linke, BfM und bei Enthaltung der Fraktion der FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

Der dritte Absatz wird mehrheitlich von den Fraktionen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke bei Enthaltung der Fraktion von FDP/MBL <u>nicht</u> zur Annahme empfohlen.

# zu 5.2 Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stand der Umsetzung des Konzepts zur Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/5362/2017

Auf Wunsch der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wurde die Antwort zur Großen Anfrage betr. "Stand der Umsetzung des Konzepts zur Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Marburg" vom 15.03.2017 auf die heutige Tagesordnung genommen. Frau Dr. Perabo erläutert, dass es ihrer Fraktion wichtig sei, nochmals über das Thema und insbesondere über den Stand der Umsetzung zu sprechen und hier im Ausschuss zu erörtern. Fragen werden von Oberbürgermeister Herr Dr. Spies und Frau Meier beantwortet. Auch Herr Kling-Böhm erläutert die aktuelle Situation der Umsetzung des Konzepts zur Wohnungslosenhilfe aus Sicht des Diakonischen Werk Oberhessen. Es wird darauf hingewiesen, dass für den 17.05.2017 die Begehung des Gebäudes in der Gisselberger Straße 35 geplant ist.

Der Vorsitzende Herr Böhm bedankt sich für die ausführliche Erörterung und weist darauf hin, dass zu diesem TOP keine Abstimmung erfolgt.

#### zu 6 Verschiedenes

Herr Kissel von der Fraktion der CDU fragt nach, ob es üblich sei, dass Mitglieder von Fachgremien keine Einladung mehr z. B. zur Eröffnung einer Kindereinrichtung, hier aktuell Kindertagesstätte Karlsbader Weg, erhalten würden. Bürgermeister Herr Dr. Kahle weist darauf hin, dass die Mitglieder von Gremien mit gesonderten Einladungen zu diversen Veranstaltungen überflutet würden. Es entwickelte sich im Ausschuss eine rege Diskussion zu dem Thema der Einladungspraxis. Bürgermeister Herr Dr. Kahle regte schließlich an, im Ältestenrat die Einladungspraxis zu überprüfen.

Marburg, 08.05.2017

Roland Böhm Vorsitzender

Wolfgang Engler Protokoll